

zeln auch in dem individuellen Gefühl und Empfinden junger Menschen.“

Mit einiger Bereitschaft zur kritischen Selbsteinschätzung, aber ohne unehrliche Demutsgesten geht der Kommissionsbericht der komplizierten Frage nach den *politischen Einstellungen Jugendlicher* nach. Man erkennt die Berechtigung jugendlicher Kritik an der Undurchschaubarkeit politischer Abläufe, an der Unfähigkeit zu zukunftsgerichtetem Handeln, an der Bürgerferne von politischen Entscheidungen durchaus an und konzidiert dem entsprechenden Protest, daß er – solange er in friedlichem Formen erfolgt – „im wesentlichen pro-demokratisch“ sei. Auf der anderen Seite wird kritisch auf das widersprüchliche Verhalten von Jugendlichen hingewiesen, die den Staat und seine Vertreter nur als Gegner oder Feinde wahrnehmen, aber gleichzeitig mit Vehemenz Forderungen an staatliche Stellen erheben (zur Illustration: Untersuchungen haben ergeben, daß 75% der Aktivisten der alternativen Projekte in Berlin aus sozialstaatlichen Mitteln versorgt werden).

Den Politikern wird empfohlen, dem „im Kern moralisch-idealistischen Politikverständnis“ der Jugendlichen dadurch entgegenzukommen, daß sie sich um *Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit* sowohl in den Inhalten wie in Stil und Methode der Politik bemühen und die *Frage nach den Wertgrundlagen* ihres jeweiligen politischen Handelns nicht ausklammern. Zugleich sollen sie negativen Vorurteilen gegenüber Staat und Parteien sowie einem „wirklichkeitsfremden“ Politikverständnis entgegenwirken, das „die Gefahr in sich birgt, daß auch undemokratische Traditionen der Parteienkritik wieder aufleben“.

Die *Lösungsvorschläge* der Kommission sind vorläufiger Natur und sollen im Schlußbericht vertieft und konkretisiert werden. Sie bleiben bisher entweder recht allgemein, vergleichsweise harmlos oder nicht konsensfähig (z. B. beschäftigungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Amnestie für bei Protestaktionen begangene Straftaten, Lösung der Hausbesetzerfrage). Geeignet hat man

sich darauf, daß das Prüfungsverfahren für Wehrdienstverweigerer abgeschafft und die Dauer des Zivildienstes angemessen verlängert werden sollte. Dieser Vorschlag hat freilich innerhalb des Berichtes nicht das Gewicht, das ihm in der aktuellen Berichterstattung in den Medien gegeben wird. Bei den schulpolitischen Vorschlägen fällt auf, daß man zu überschaubaren Schulgrößen und zur einst viel belächelten „Kontinuität der Lerngruppen“ zurückkehren will.

Für die weiteren Beratungen liegt noch einiger Konfliktstoff vor der Kommission (etwa die bisher ausdrücklich ausgeklammerte Frage der nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die Wohnungsbaupolitik, die Fernhaltung von Extremisten vom öffentli-

chen Dienst). Zudem wird sich die Kommission überlegen müssen, ob sie sich angesichts der von ihr diagnostizierten Orientierungskrise etwas deutlicher als im jetzigen Bericht zu *inhaltlichen Perspektiven, Werten und motivierenden Zielvorstellungen* äußern kann und will.

Bei allen Defiziten im einzelnen bleibt es ein Verdienst der Kommission, in einem relativ knappen Zeitraum eine im ganzen stimmige, über weite Strecken konsensfähige, zur weiteren Diskussion anregende und nicht zuletzt lesbare Darstellung des Jugendprotestes geliefert zu haben. Allerdings wäre es sicher besser gewesen, hätte man ein derartiges Unternehmen schon vor ein paar Jahren begonnen.

H. G. K.

Falkland-Konflikt: Friedensethische Probe aufs Exempel

Die *Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken* (vgl. ds. Heft, S. 309) verfaßte Anfang Mai eine kurze Stellungnahme zum Falkland-Konflikt, die erst nach längerer Diskussion um Ausgewogenheit in Inhalt und Sprache zustande kam. „In ernster Sorge wegen der Besetzung der Falkland-Inseln und der sich daraus entwickelnden militärischen Konfrontation mit ihren nicht übersehbaren vielfältigen Gefahren für die beteiligten Völker und die Welt fordert die Vollversammlung des ZdK die am Konflikt beteiligten Regierungen auf, zum Prinzip der Gewaltlosigkeit bei der Lösung von internationalen Konflikten zurückzukehren, unverzüglich die militärischen Kampfhandlungen einzustellen und Verhandlungen zu einer friedlichen Lösung der Probleme aufzunehmen“, hieß es darin.

Die *katholischen Bischöfe Englands und Argentiniens*, deren Staaten ein territorialer Streit niederer Ordnung in die blutige kriegerische Auseinandersetzung getrieben hat, äußerten sich nach Ausbruch der Feindseligkeiten hingegen in einer dezidiert patriotischen Weise. Die Erklärungen des Vorsitzenden der Bischofskonferenz von England und Wales und der Argentinischen

Bischofskonferenz wurden allerdings am 30. bzw. 21. April veröffentlicht, entstanden also noch vor Beginn der Kampfhandlungen. Ihre symptomatische Bedeutung für die Position der beiden Episkopate in diesem politischen Konflikt erhalten die Erklärungen aber durch die Tatsache, daß sie auch nach den ersten Kämpfen, die auf beiden Seiten Menschenleben kosteten, nicht revidiert wurden. Die Stellungnahme von Kardinal *Basil Hume* (Westminster) vom 30. April war geeignet, das Vorgehen der britischen Regierung, die zu diesem Zeitpunkt ihre Drohung militärischen Eingreifens gerade in die Tat umsetzte, von katholischer Seite grundsätzlich zu rechtfertigen. Der für die Zeitschriften „Universe“ und „Catholic Herald“ verfaßte Text bestand zu seinem größeren Teil aus einer korrekten Darstellung der geltenden Lehre der Kirche zu Krieg und Frieden. So zitiert der britische Kardinal die Verurteilung des Krieges durch das Zweite Vatikanum und das dort anerkannte *Recht auf Selbstverteidigung sowie die klassischen Bedingungen für den sogenannten gerechten Krieg*. In der dann folgenden Interpretation, der Anwendung auf den casus belli, hieß es wört-

lich: „150 Jahre lang galten die Falkland-Inseln nach internationalem Recht als britischer Besitz. Ihre einseitige Annexion durch eine bewaffnete Invasion ist ein Bruch des internationalen Rechts und eine Mißachtung der Rechte und Wünsche der Einwohner. Ein solches Vorgehen ist aus rechtlicher wie aus moralischer Sicht unannehmbar. In dieser Situation kann das Vereinigte Königreich das Recht geltend machen und sich der Invasion widersetzen. Es kann diplomatische, wirtschaftliche und in letzter Instanz auch militärische Mittel einsetzen, die notwendig sind, um diese gesetzlich verankerten Rechte zu wahren. Großbritannien mag sogar insofern eine zusätzliche Verantwortung zum Handeln drängen, als die Aggression häufig auf Tatenlosigkeit und ‚Appeasement‘ gedeiht. Konfrontiert mit einer Aggression, ist es nicht moralisch falsch, Widerstand zu leisten oder seine Rechte mit einem wohlabgewogenen Maß an Gewalt wieder geltend zu machen“ (Catholic Herald, 30. 4. 82).

Demzufolge sah der Kardinal den in Artikel 79 der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute genannten Fall für sein Land gegeben, wonach man, „wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen (kann)“. Abschließend verwies Hume auf die heutigen Risiken militärischer Aktionen, die Schrecken moderner Kriegführung und die Gefahr der Eskalation des Konflikts und erinnerte an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

Trotz dieser einschränkenden Zusätze ist die Stellungnahme von Hume allgemein als Billigung der britischen Regierungspolitik – auch über den 1. Mai hinaus – verstanden worden. Es dürfte zutreffen, daß der Kardinal in einer nationalen Frage von solcher Brisanz mit seiner Erklärung den alten Vorwurf entkräften wollte, die britischen Katholiken seien immer mehr katholisch als britisch. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Kernaussage der Erklärung über die Anwendung von Waffengewalt allein von politischer

Rücksichtnahme und Loyalität diktiert wurde. Im Oberhaupt der anglikanischen Kirche, dem Erzbischof von Canterbury, *Robert Runcie*, fand Kardinal Hume einen Gleichgesinnten, der seinen patriotischen Standpunkt auch ähnlich begründete. Während auf katholischer Seite der Vorsitzende der Schottischen Bischofskonferenz, Kardinal *John Joseph Gray*, am 5. Mai offenbar unter dem Eindruck der Kampfhandlungen die britische Regierung beschwor, weiteres Blutvergießen zu vermeiden, richteten beide Kardinäle am 9. Mai einen gemeinsamen Aufruf an alle Katholiken Großbritanniens, „in diesem Augenblick für eine gerechte Lösung der Falkland-Krise ohne weiteres Blutvergießen ... inständig zu beten“. Zum gleichen Zeitpunkt revidierte auch Erzbischof Runcie in der „Times“ seine frühere Äußerung dahingehend, „daß auch ein gerechter Krieg zuviel kosten kann“. Der anglikanische Bischof *John Robinson*, Verfasser des weltweit bekannten Buches „Honest to God“, hatte seine Kirche bereits am 20. April aufgefordert, sich eindeutig gegen die Anwendung von Waffengewalt auszusprechen: „Die letzten Lambeth-Konferenzen haben jeweils die Auffassung vertreten, daß ‚der Krieg als eine Methode zur Beilegung internationaler Konflikte mit der Lehre Jesu Christi unvereinbar‘ ist. Ich bin bestürzt, daß die Kirchenführer dies jetzt, wo es zum Ernstfall gekommen ist, den Regierungen von Großbritannien und Argentinien nicht laut und deutlich vorhalten“ (Tablet, 24. 4. 82). Der Meinung Bischof Robinsons sekundierte auf katholischer Seite der Weihbischof von Westminster für Westlondon, *Victor Guazzelli*, als er in teilweise noch schärferen Worten in einer Predigt am 10. Mai von „nationalistischem Irrsinn“ sprach und die britischen Angriffe gegen die argentinischen Streitkräfte als Akt „gegen den Geist des Evangeliums“ bezeichnete (vgl. KNA, 11. 5. 82). Der Sprecher des Rates der Freikirchen, *Kenneth Greet*, äußerte sogar Zweifel am britischen Anspruch auf die Falkland-Inseln, die zu den kolonialistischen Abenteuern des Empire zu zählen seien.

Die beschwörenden Aufrufe des Papstes, die Kämpfe einzustellen, und sein Hinweis, er wolle den England-Besuch vom Waffenstillstand abhängig machen, lassen erkennen, daß Johannes Paul II. den Falkland-Konflikt von Anfang an anders beurteilte als der Erzbischof von Westminster. Typisch für das Zwei-Fronten-Denken, das sich in Großbritannien unter einem seit Anfang April eskalierenden Presse-Krieg in der Bevölkerung ausbreitete, war die spürbare Verschlechterung des ökumenischen Klimas, die in dem Vorwurf an die Katholiken gipfelte, ihr Papst sei ein Papst der Argentinier.

Ein Patriotismus ähnlich suspekter Natur kennzeichnet den *Standpunkt der argentinischen Bischöfe*. Ihre Erklärung vom 21. April ist „Bischöfliche Ermahnung zum Frieden“ überschrieben und in einem bemerkenswert pastoralen Ton gehalten. Die Gläubigen werden ermahnt, die Briten nicht als Gegner, sondern als „Freunde und Brüder“ zu sehen, „die Kinder desselben Vaters sind“ (La Nación, 21. 4.).

Anders als in der Erklärung von Kardinal Hume klingt die Frage des gerechten Krieges nur an einer Stelle – und da in eher ausschließendem Sinn – an, wenn es heißt, der Frieden sei „am Verhandlungstisch zu finden, wie Johannes Paul II. in seiner Botschaft an den Präsidenten der Nation erbittet in der Hoffnung, daß alle Möglichkeiten genutzt werden, damit *im Rahmen der Gerechtigkeit* eine friedliche Lösung gefunden werden kann“. Aber der eigentlich politische Passus der Erklärung kam einer *Sanktionierung der argentinischen Invasion* gleich: „Argentinien hat wieder die Besitzhoheit über die Malwinen mit einem Recht, das es seit 149 Jahren beansprucht und das es auf fast unblutige Weise erlangt hat. Wir teilen die Freude unserer Bürger über die Vollständigkeit unseres Grund und Bodens, aber auch die Angst aller vor einem Krieg mit unvorhersehbaren Folgen.“ Am 2. Mai appellierte der bisherige Vorsitzende und jetzige Vizepräsident der Bischofskonferenz, Kardinal *Raul Primatesta*, in einer Predigt an die Regierung, „den Frieden zu gewinnen“,

ohne jedoch die mittlerweile ausgebrochenen Kämpfe auch nur zu erwähnen. Die demonstrative Anwesenheit von Priestern und Bischöfen etwa bei der Landung General Galtieris auf den Inseln und in den Propagandasendungen des Fernsehens für den „Patriotischen Fonds“, eine Spendenaktion „für die Kosten des Krieges“, lassen vermuten, daß die argentinischen Bischöfe in ihrer Mehrheit auch die militärischen Entscheidungen ihrer Regierung im Zusammenhang mit dem Falkland-Konflikt billigen. Es bleibt also festzuhalten, daß die Anwendung von Waffengewalt im Falkland-Konflikt *von keiner der direkt betroffenen katholischen Ortskirchen verurteilt* worden ist, auch nicht zu einem Zeitpunkt, als sogar von offi-

zieller Seite mehrere Hunderte von Toten und Vermißten gemeldet wurden. So entsteht das grotesk anmutende Bild, daß ein bewaffneter Konflikt, den zumindest die übrige westliche Welt für völlig überflüssig hält, die auf Universalität haltende katholische Kirche da, wo sie betroffen ist, zur patriotischen Hilfstruppe ihrer Nation werden läßt. Dadurch erscheint auch die Übereinstimmung mit Rom gestört, denn die kritische Feststellung des Papstes in Portugal, er sei erschüttert über die Leichtigkeit, mit der heute noch der „Illusion stattgegeben wird, der Krieg könnte einen gerechten und dauerhaften Frieden bringen“, mußte auch die Bischöfe Argentiniens und erst recht Großbritanniens zum Adressaten haben.

Es ist sicher leichter für die Kirche, in politischen Konflikten *als außenstehender Dritter* zu vermitteln, als innerhalb einer Gesellschaft, in der sie – in diesen beiden Fällen unter schwierigen Bedingungen – lebt und wirkt, innerlich unabhängig von diesem Umfeld Zeugnis zu geben. Daß beide Kirchen bei Ausbruch des Konflikts offenbar keinen Blick für die Unverhältnismäßigkeit haben, die diesen territorialen Streit zum Krieg auswachsen ließ, ist dennoch schwer verständlich. Am konkreten Fall wird deutlich, daß alle Friedensethik und -theologie nicht entscheidend in die Wirklichkeit kirchlichen Handelns dringen können, wo patriotische Betroffenheit und das Denken in nationalen Kleinwelten ins Spiel kommen. G. B.

Entwicklungen

Sozialismus und Kommunismus auf französisch

Die Parteien des gegenwärtigen Linksbündnisses

Dem französischen Präsidenten *François Mitterrand* schwebt ein „socialisme à la française“ vor, sein kommunistischer Koalitionspartner *Georges Marchais* spricht schon lange von einem Kommunismus in den Farben Frankreichs und von einem französischen Weg zum Sozialismus. Dieser nationale Anstrich zweier Parteien, die Mitglieder ideologisch orientierter Internationalen sind, wirkt recht eigenartig. Es ist kaum vorstellbar, daß ein deutscher oder britischer Sozialist einen Sozialismus deutscher oder britischer Art anbietet. Selbst die italienischen Kommunisten kamen nie auf den Gedanken, sich einen nationalen Mantel umzuhängen, um ihre Eigenpersönlichkeit herauszustellen und sich von Moskau zu unterscheiden.

Parteien eigener nationaler Prägung

Sozialismus und Kommunismus besitzen in Frankreich aber tatsächlich eine besondere Prägung, die häufig nicht genügend berücksichtigt wird. Teilweise ist sie eine Folge des gegenseitigen Verhältnisses, das in einem Wechselspiel von Konkurrenz und aufgezwungener Zusammenarbeit besteht. Teilweise stützen sich die beiden Bewegungen aber auch auf eine gemeinsame, spezifisch französi-

sche Tradition, deren Ausgangspunkt die immer noch nicht ganz verblaßten Ideale der Großen Revolution von 1789 sowie deren in die Tiefe und in die Breite gehenden Auswirkungen während des 19. Jahrhunderts sind.

Während nach der Abkehr von Lassalle die innere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung verhältnismäßig geradlinig verlief – Marxismus, Revisionismus und Abspaltung des kommunistischen Zweigs im Anschluß an die russische Oktoberrevolution mit der Rückkehr zum revolutionären Marxismus –, ging sie in Frankreich viel kompliziertere Wege. Ihr ideologischer Nährboden war unmittelbar – ohne die Vermittlung durch Marx – das *Gedankengut der Großen Revolution* mit ihrem heute noch maßgebenden Dreigestirn: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Auf diesem revolutionären Boden trieb in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der sozialistische Idealismus seine Blüten. Er war weitgehend französischer Prägung. Lediglich der härtere, ernstlich mit der Revolution spielende *Proudhon* drang über die Landesgrenzen hinaus, nicht zuletzt infolge seiner Auseinandersetzung mit Marx. Zu den Idealisten stießen die sozialen und republikanischen Romantiker, deren Prototyp *Victor Hugo* ist. Sie bereicherten nicht nur den weitgehend heute noch ungeschöpften Wortschatz der Sozialisten, sondern be-